

Input: Ines Hofbauer

Working Poor....wenn Erwerbsarbeit nicht mehr vor Armut schützt

Mag.^a Ines Hofbauer, Referentin für ArbeitnehmerInnenpolitik,
Grüner Klub im Parlament

- Die Teilhabe im Erwerbsleben bzw. einer Arbeit nachzugehen galt einmal als effektivstes Mittel gegen Armut. Das hat sich in den letzten Jahren verändert: **Neue Armutsrisiken in der Erwerbsarbeit sind entstanden.**
- **Gründe dafür sind die Ausweitung des Niedriglohnssektors** (Branchen: Textilindustrie, Reinigung, Handel und Gastgewerbe (Tourismus), personenbezogene Dienstleistungen) und der atypischen prekären Beschäftigung (geringfügige Beschäftigung, Werkverträge, Freie Dienstverträge (schlecht bezahlt, mangelnde sozial- und arbeitsrechtliche Absicherung, unregelmäßig).
- Laut dem letztem Sozialbericht 2003/04 waren **8% aller Erwerbstätigen in Österreich armutsgefährdet**. Die Armutsgefährdung liegt bei Niedrigqualifizierten signifikant höher (12% bei HilfsarbeiterInnen) als bei Hochqualifizierten (3 %) ebenso bei Teilzeit (9%) gegenüber Vollzeitbeschäftigten (8%). Betroffene sind vor allem Frauen und Menschen mit migrantischem Hintergrund.
- In **EU-Europa** beträgt die **Zahl der Menschen, die trotz Beschäftigung arm sind**, etwa 14 Millionen, diese ist beinahe doppelt so hoch wie die Zahl der erwerbslosen Armen in Europa (Euromemo 2007:13).
- Working poor sind Ergebnis einer **bewusst verfolgten politischen und ökonomischen Entwicklung** der letzten Jahre. Diese bestehen aus einem **Ursachenbündel** des zunehmenden Drucks auf Lohneinkommen durch die Öffnung und Liberalisierung der Güter- und Dienstleistungsmärkte im Rahmen der EU-Integration und der Globalisierung, einer mangelnden solidarischen Lohnpolitik seitens der Gewerkschaften und ihrer schwindenden Verhandlungsmacht und einer Arbeitsmarktpolitik, die durch das Motto „Hauptsache Arbeit“ Menschen eher in den Niedriglohnsektor zwingt statt sie besser zu qualifizieren (z.B. durch Kombilohnmodelle).
- **Politische Strategien gegen das Problem der Working Poor** sind Mindestlöhne/ Mindestlohngesetze, Mindestsicherung/ Grundsicherung-/Grundeinkommen, eine solidarische gewerkschaftliche Lohnpolitik, die Eindämmung bzw. volle arbeits- und sozialrechtliche Absicherung atypischer Beschäftigung sowie eine EU-Politik, die effektivere Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping und eine bessere Strukturpolitik zum Ausgleich der Einkommens- und Sozialgefälle in Europa verfolgt. Notwendig wird auch eine veränderte nationale wie europäische Wirtschaftspolitik sein, die statt nur auf Wettbewerb, Geldwertstabilität und interne Standortkonkurrenz mehr auf Beschäftigung, Ausgleich, Kooperation und nachhaltiges Wachstum setzt.
- Letztendlich wird eine effektive Bekämpfung der working poor nicht ohne das erneute **Stellen der Macht- und Verteilungsfrage** funktionieren. Denn dafür müssen Unternehmen und Vermögende müssen wieder einen größeren Teil ihrer Gewinne und Einkommen an die Gesellschaft zurückgeben, die sie sich in den letzten Jahren im Rahmen der Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Standortpolitik vermehrt behalten konnten.